

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Frank Schäffler, Rainer Brüderle, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Uwe Barth, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Paul K. Friedhoff, Dr. Edmund Peter Geisen, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Markus Löning, Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Marina Schuster, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Engagement des Bundes im privaten Bankgeschäft

Laut Zeitungsberichten plant die Bundesregierung, ihr Engagement im Privatkundensegment über die Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH (Finanzagentur) auszuweiten. Seit Juli 2008 bietet die Finanzagentur eine Tagesanleihe an, weitere Produkte sollen folgen. Begleitet wird das Engagement von einer massiven Werbekampagne.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Inwieweit hält die Bundesregierung das Engagement des Bundes im privaten Bankgeschäft ordnungspolitisch für vertretbar?
2. Welche weiteren Produkte neben der Tagesanleihe plant die Bundesregierung beziehungsweise die Finanzagentur für Privatkunden?
3. Ab wann und mit welchen Zielvolumina sollen diese angeboten werden?
4. Auf welchen relativen Anteil am Bundesschuldenwesen soll der Privatkundenanteil gesteigert werden (aufgeschlüsselt nach einzelnen Produkten)?
5. Was bedeutet dies in absoluten Zahlen (aufgeschlüsselt nach einzelnen Produkten)?
6. Wie ist der Privatkundenanteil am Bundesschuldenwesen in den letzten zehn Jahren jeweils gewesen?
7. Wie hat sich die Anzahl der Privatkunden des Bundes in den letzten zehn Jahren entwickelt, und wie viele Depots werden gegenwärtig geführt?
8. Wie hoch ist das durchschnittliche Anlagevolumen in den bislang durch den Bund angebotenen Privatkundenanlagen?

9. Inwieweit hat die Finanzagentur Wettbewerbsvorteile – beispielsweise bei aufsichtsrechtlichen Anforderungen – gegenüber Kreditinstituten?
10. Inwieweit profitiert die Finanzagentur von gestelltem Personal, für das die Personalaufwendungen überwiegend vom Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) getragen werden?
11. Beabsichtigt die Bundesregierung, diesbezüglich Kostentransparenz bei der Finanzagentur zu schaffen, und wenn nein, warum nicht?
12. In welchem Umfang bietet die Finanzagentur kostenlose oder gebührenfreie Dienstleistungen an, welche bei privaten Kreditinstituten nicht kostenlos angeboten werden, und von wem werden die Kosten hierfür letztlich getragen?
13. Was unterscheidet die Tagesanleihe vom Tagesgeld, wie rechtfertigt sich der Begriff Tagesanleihe nach Ansicht der Bundesregierung?
14. Wo sieht die Bundesregierung die Grenzen bei ihrem Engagement im Privatkundengeschäft?
15. Wie wird die massive Werbekampagne vor dem Hintergrund der angestrebten Zielvolumina gerechtfertigt?
16. In welchen Medien und in welchem Zeitraum wurde die aktuelle Werbung für Bundeswertpapiere bisher geschaltet?
17. Wie lange soll die Werbekampagne noch fortgesetzt werden?
18. Welche Kosten entstehen jeweils durch die einzelnen Teile der Werbekampagne?
19. Wie rechtfertigt die Bundesregierung die Aussage, Bundeswertpapiere seien „die spannendste Geldanlage Deutschlands“?
20. Wie sehen die weiteren Pläne der Bundesregierung bezüglich der Offensive im Privatkundengeschäft aus?
21. Wie stellt die Bundesregierung beziehungsweise die Finanzagentur eine transparente Information der Anleger sicher?
22. Inwieweit unterliegt das Angebot der Finanzagentur für Privatkunden den Bestimmungen, die aufgrund der MiFID-Richtlinie in deutsches Recht umgesetzt wurden?

Berlin, den 24. September 2008

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion